

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ortsgemeinderates Wiltingen
am Mittwoch, den 20.01.2010,
im Feuerwehrgerätehaus

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Anwesend waren:

Ortsbürgermeister

Herr Lothar Rommelfanger	
--------------------------	--

Beigeordnete

Herr Manfred Karges	
Herr Hermann-Josef Schmitz	

Mitglieder

Herr Helmut Ayl	(ab 18:40 Uhr)
Frau Edtih Deges-Reinert	
Herr Josef Eltges	
Herr Alfred Fuhr	
Frau Sylvia Kiefer	
Herr Franz-Josef Kisegi	
Frau Doris Koch	
Herr Walter Mangrich	
Herr Lutwin Ollinger	
Herr Jan Rommelfanger	
Herr Hans-Joachim Scherf	
Frau Birgit Turbing	
Herr Klaus Weber	
Herr Martin Weber	
Frau Monika Weber	
Herr Anton Zeimet	(ab 18:35 Uhr)

Sonstige Teilnehmer

Herr Beigeordneter Joachim Weber	(Verwaltungsvertreter)
Frau Marita Marxen	(Schriftführerin)

Entschuldigt fehlten: --

Tagesordnung: siehe beigefügte Einladung, **Anlage 1**

Form und Frist der Einladung bestätigt?	Ja*
Niederschrift vom 29.02.2009 in Ordnung?	Ja
Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur TO?	Ja

Der Vorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit fest, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

*) Zwei Ratsmitglieder führten an, dass sie keine Einladung erhalten haben; dies sollte in der Verwaltung geklärt werden.

Änderung der Tagesordnung:

Ein Ratsmitglied beantragte, den Tagesordnungspunkt 3 „Fortführung des Konzeptes Technische Produktionsleitung im Forstamt Saarburg“ zurückzustellen und in einer der nächsten Sitzungen des Ortsgemeinderates aufzunehmen und zu beraten, wenn der Forsthaushaltsplan vorliege.

Beschluss:

„Der für heute vorgesehene Tagesordnungspunkt 2 „Fortführung des Konzeptes Technische Produktionsleitung im Forstamt Saarburg“ wird zurückgestellt und einer der nächsten Sitzung des Ortsgemeinderates aufgenommen, wenn der Forsthaushalt vorliegt.“

Abstimmungsergebnis: **Einstimmigkeit**

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Dann wurde die Tagesordnung behandelt.

ÖFFENTLICHER TEIL

1	Änderung der Hauptsatzung aufgrund der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie EU-DLR 2006/123 Vorlage: 10/142/2009
----------	---

Ortsbürgermeister Rommelfanger erklärte kurz den Sachverhalt.

Daraufhin fasste der Ortsgemeinderat folgenden **Beschluss:**

- „1. Die Änderung des § 1 Absatz 1 der Hauptsatzung wird wie folgt beschlossen:

§ 1

Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Ortsgemeinde Wiltingen erfolgen in einer Zeitung.
Der Ortsgemeinderat entscheidet durch Beschluss, in welcher Zeitung die Bekanntmachungen erfolgen. Der Beschluss ist öffentlichen bekanntzumachen.

Darüber hinaus erfolgen die öffentlichen Bekanntmachungen im Internet unter der Adresse „<http://www.konz.eu>“.

2. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Ortsgemeinde Wiltingen erfolgen im Triererischen Volksfreund –TV - .“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2	Anpassung der Friedhofssatzung an die EU-Dienstleistungsrichtlinie Vorlage: 3T/473/2009
----------	--

Ortsbürgermeister Rommelfanger erläuterte hierzu den Sachverhalt, wonach aufgrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt die Friedhofssatzung in den §§ 5 und 6 angepasst werden.

Nach kurzer Diskussion fasste der Ortsgemeinderat folgenden **Beschluss:**

„Der Änderung der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Wiltingen vom 26.1.1971 (3.Änderung) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

3	Fortführung des Konzeptes "Technische Produktionsleitung" im Forstamt Saarburg Vorlage: 2/508/2009
----------	---

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

4	Investitionsprogramm der Ortsgemeinde Wiltingen für die Jahre 2009 bis 2013
----------	--

Ortsbürgermeister Rommelfanger erklärte hierzu, dass der Entwurf des Investitionsprogramms für die Jahre 2009 bis 2013 erstellt und im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten wurde.

VG-Beigeordnete Weber führte aus, dass die dort aufgeführten Beträge die geplanten Investitionen darstellen, wobei keineswegs Zuschüsse, insbesondere betreffend des Umbaus, Sanierung und Erweiterungsplanung Kindergarten Wiltingen genannt werden.

Er erklärte weiterhin, dass für das Jahr 2010 seitens des Bistums für diese Maßnahme keine Zuschüsse vorgesehen seien.

Daraufhin wurde der Punkt „Sachstandsbericht Kindergarten“, der nach dem Vorsitzenden ursprünglich unter „Berichte und Verschiedenes“ vorgesehen war, jetzt mit erläutert.

Es erfolgte eine rege Diskussion im Gemeinderat.

VG-Beigeordneter Weber erklärte, dass die Zahlen der von der Kommunalaufsicht abgelehnten Variante nochmals überprüft werden müssten.

Das Bistum hätte in den letzten Jahren sehr viele Mittel für Maßnahmen im Landkreis Trier-Saarburg verwandt und würde für 2010 wohl keine Mittel zur Verfügung stellen. Notwendig sei sicherlich ein weiteres klärendes Gespräch mit der Leiterin des Kindergartens, Frau Reinert und der KitaGmbH, Frau Philippi.

Für die Kommunalaufsicht sei es von größter Bedeutung, inwieweit die Einsparungen des Bistums reichen, dadurch müsste die Kalkulation der Baumaßnahmen nochmals geklärt werden.

Ein Ratsmitglied fragte nach dem Gemeindeanteil aufgrund der entsprechenden Kinderzahlen der betroffenen Ortsgemeinden Kanzem und Wawern.

Man müsste Alternativen zur Realisierung der Maßnahme seitens des Gemeinderates suchen und zur Prüfung dann der Verwaltung vorlegen. Dafür sollte eigens eine separate Ortsgemeinderatssitzung stattfinden.

VG-Beigeordneter Weber erklärte nochmals, dass die Aufnahme der 200.000,- € im Investitionsprogramm für 2010 keineswegs darstelle, dass die Maßnahme realisiert werden würde.

Man müsste sich auch die Prioritätenfrage stellen betreffend Kindergarten oder/und Bahnhof Wiltingen und damit ein Signal gegenüber dem Ministerium setzen, damit eine solche Maßnahme mit einem Eigenanteil von 200.000,- € von der Kreisverwaltung genehmigt wird.

Man werde ein Gespräch beim zuständigen Ministerium in Mainz betreffend Bahnhof Wiltingen führen müssen und evtl. eine Alternative zur geplanten Kindergarten-Maßnahme finden müssen. Auf jeden Fall, so VG-Beigeordnete Weber müssen die Fachbehörden die getroffenen Entscheidungen mittragen.

Nach längerer Diskussion schlug der Vorsitzende vor, die einzelnen Fraktionen sollen erneut die geplante Kindergarten-Maßnahme überdenken, Ideen einbringen, Vorschläge erarbeiten, diese im Vorfeld durch die Verwaltung prüfen lassen und in einer dafür eigens stattfindenden nichtöffentlichen Sitzung, die in 4 Wochen stattfinden soll, darzustellen.

Dieser Vorschlag wurde von allen angenommen.

Ein Ratsmitglied fragte nach den im Investitionsprogramm genannten 40.000,- € betreffend der Erschließung des Baugebietes „Im Kampen“.

Ortsbürgermeister Rommelfanger sowie Beigeordneter Weber führten aus, dass es sich hierbei um das Herbeikarren von noch fehlenden Erdmassen handeln würde. Da man die Erdmassen jedoch vermutlich kostenlos von anderen Ortsgemeinden bekommen könnte, würden die Kosten weit unterhalb der geplanten 40.000,- € liegen.

Ein Ratsmitglied regte an, von Seiten der Verwaltung eine Prüfung vorzunehmen, inwieweit die zuständigen Architekten im Rahmen eines möglichen Haftpflichtanspruches über abweichende Aussagen ihrerseits belangt werden können.

VG-Beigeordneter Weber erklärte, dass die Darstellung der Beweislast sich hier sicherlich als sehr schwierig darstellen könnte.

Aus der Mitte des Ortsgemeinderates wurde die Frage gestellt, inwieweit das Förderprogramm DLR für Wiltingen in Betracht gezogen werde.

Ein Ratsmitglied appellierte an die Sorgfaltspflicht der betreffenden Winzer und Nutzer der Wirtschaftswegen, woraufhin der Vorsitzende bestätigte, dass die Betroffenen bereits informiert wurden.

Ein Ratsmitglied sprach dabei den schlechten Zustand der Mauer im Bezug auf die Verkehrssicherungspflicht des Eigentümers auf dem Weg zur Grillhütte an.

Sie bat die Verwaltung um Klärung, wer dort Eigentümer ist und um eine evtl. Zuschussmöglichkeit bei der Instandsetzung der Mauer.

Beschluss:

„Dem Investitionsprogramm der Ortsgemeinde Wiltingen für die Jahre 2009 bis 2013 mit einer Gesamtinvestitionssumme in Höhe von 3.777.000 € wird in der vorliegenden Form zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

**16 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

5 Sachstandsbericht Bahnhofpunkt Wiltingen

Ortsbürgermeister Rommelfanger informierte den Gemeinderat über den aktuellen Sachstand, insbesondere über den abgelehnten Förderantrag des Ministeriums in Mainz.

Die Kreisverwaltung würde dem Kredit nicht zustimmen, das Öffentliche Interesse sei nicht gegeben, so die Aufsichtsbehörde. Damit sei man seitens der Ortsgemeinde Wiltingen keineswegs einverstanden. Er wies auf das Fehlen des barrierefreien Zugangs hin und erklärte, dass dringend ein Gespräch mit dem Ministerium in Mainz nötig wäre.

VG-Beigeordneter Weber führte aus, dass der Kreis Träger des Schienenpersonennahverkehrs sei, jedoch keinen Zuschuss hierzu geben würde und aufgrund der schwachen Finanzlage der Ortsgemeinde dieses Vorhaben vermutlich nicht realisiert werden könnte.

Seitens der Verbandsgemeinde würde man jedoch 10 % lt. Grundsatzbeschluss des VG-Rates der nicht gedeckten Kosten übernehmen. Aus Sicht der Verbandsgemeinde sei der Standort Bahnhof Wiltingen sehr wichtig.

Ein Ratsmitglied regte an, die im Schreiben des Ministeriums genannte Verwaltungsvereinbarung gem. Nr. 4.2.1.1 der VV ÖPN/SPNV, wonach die Finanzierung der nicht durch Zuwendungen gedeckten Kosten (Komplementärfinanzierung) die Gemeinde freiwillig selbst übernehme, prüfen zu lassen. Nach Klärung der Rechtslage dann die ganze Angelegenheit an den Kreis als Träger des Schienenpersonennahverkehrs abzugeben. Das Vorhaben Bahnhof Wiltingen sollte dort beantragt und als Priorität seitens der Ortsgemeinde Wiltingen eingestuft werden.

Es erfolgte eine rege Diskussion aus der Mitte des Ortsgemeinderates über die Pflichtaufgabe des Landkreises und des Landes mit der Bitte, diese Angelegenheit zuständigkeitshalber dem Kreis und dem Land zu übertragen.

VG-Beigeordneter Weber sagte, dass die Pflichtaufgabe des Kreises darin bestehe, dass der Schienenpersonennahverkehr in Ordnung sei, sich aber nicht unbedingt die Verpflichtung ergebe, dass der einzelne Haltepunkt, somit der Haltepunkt in Wiltingen ausgebaut werde. Möglicherweise würde man diese Argumentation seitens der Aufsichtsbehörde so führen. Es gehe darum, einen Lösungsweg zu finden, der realisierbar sei und vom Ministerium mitgetragen werde.

Ein Ratsmitglied regte an, sich in dieser Angelegenheit auch Unterstützung der Dt. Bahn einzuholen.

6 Auftragsvergaben

6.1 Fliesenlegearbeiten Bürgerhaus

Der Vorsitzende informierte den Rat darüber, dass für Fliesenarbeiten an der Außentreppe Bürgerhaus eine Preisanfrage durchgeführt wurde. Insgesamt wurden 3 Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Günstigster Bieter war die Fa. Scholtes GmbH, Trier, mit einer Angebotssumme in Höhe von 4.339,81 €. Der Haupt- und Finanzausschuss habe sich in seiner Sitzung am 30.11.2009 mit der Vergabe befasst und empfohlen, den Auftrag an die Fa. Scholtes zu vergeben. Der Auftrag wurde daraufhin erteilt; der Rat werde gebeten, der Vergabe nachträglich zuzustimmen.

Beschluss:

„Der Vergabe des Auftrages für die Fliesenarbeiten an der Außentreppe zum Bürgerhaus Wiltingen an die Fa. Scholtes GmbH, Trier, mit einer Angebotssumme von brutto 4.339,81 € wird nachträglich zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

6.2 Elektroarbeiten Bürgerhaus

Ratsmitglied Fuhr verließ hierzu den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende informierte den Rat darüber, dass für die Durchführung der Arbeiten für die Elektroarbeiten an der Lüftungsanlage des Bürgerhauses Angebote der Fa. Junkes und der Fa. Schmitt vorlagen. Die Ortsgemeinde habe entschieden, dass die Arbeiten durch die Fa. Schmitt ausgeführt werden. Der Auftrag wurde bereits erteilt; der Rat werde um nachträgliche Zustimmung gebeten.

Beschluss:

„Der Vergabe des Auftrages für die Durchführung der Elektroarbeiten an die Fa. Schmitt, Konz, mit einer Angebotssumme von brutto 4.485,11 € wird nachträglich zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit

7 Berichte und Verschiedenes

7.1 Neubau „Wiltinger Saarbrücke“

Der Vorsitzende informierte den Rat darüber, dass seitens der Kreisverwaltung noch keine Angaben über den Standort „Neubau Wiltinger Saarbrücke“ gemacht wurden und dass von dort keine Mittel für den Haushalt 2010 eingeplant werden. Dies zum einen, lt. einem Schreiben der Kreisverwaltung, weil das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei, zum anderen aber weil lt. Mitteilung des LBM die Niedrigwasserphase der Saar für den Bau der neuen Brücke ausgenutzt werden muss, was erst im Jahr 2011 möglich sei.

Der Ortsgemeinderat nahm dies zur Kenntnis.